

Beschlüsse

Beschlüsse der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Lichtenberg am 9. Mai 2015

flüchtlingspolitische Anträge

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

5 Antrag Nr. A 11-15 i.V. m. ÄA 01-15 A-I, ÄA 02-15 A-C; ÄA 03-15 A-F; ÄA 06-15 A-C

Mündliche ÄA: Andreas Geisel; Christian Paulus

Antragsteller: Kreisvorstand

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

10 Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Beschluss: Annahme

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Willkommen in Lichtenberg bzw. Berlin bzw. Deutschland

15 1. Allgemeine Situation von Flüchtlingen weltweit und in Deutschland

Immer mehr Menschen fliehen aus ihren Heimatländern und suchen in Deutschland und Europa Zuflucht. Dass dabei in jüngster Zeit unzählige Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, ist für uns ein unhaltbarer Zustand, der sofort beendet werden muss.

20 Für die SPD ist klar, dass wir Menschen in Not, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, bei uns aufnehmen. Während der letzten Jahre sind die Flüchtlingszahlen, resultierend aus den kriegerischen Konflikten in der Welt stark angestiegen (circa 200.000 Asylanträgen im Jahr 2014), sie sind aber noch lange nicht auf dem Niveau von 1992 (ca. 440.000 Asylanträge). Im internationalen Vergleich mit anderen Staaten nimmt die Bundesrepublik Deutschland sogar deutlich weniger geflüchtete Menschen auf.

25 Die Hauptursache der Flucht ist die steigende Anzahl von gewalttätigen Konflikten in der Welt. Allein in Syrien sind über drei Millionen Menschen auf der Flucht. Weltweit verzeichnet das UN-Flüchtlingshilfswerk fast 60 Millionen Flüchtlinge. Die meisten von ihnen kommen in den armen Nachbarländern unter. Im Libanon sind eine Millionen Flüchtlinge untergebracht, das heißt, auf einen Flüchtling kommen sechs Einwohnerinnen und Einwohner. In Deutschland ist es ein Flüchtling auf 400 Bundesbürgerinnen und -bürger. Eines der ärmsten Länder der Welt, Äthiopien, nimmt dreimal so viele Flüchtlinge auf wie Deutschland.

30 Wir müssen daher noch stärker als bisher unserer globalen Verantwortung gerecht werden. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, dürfen wir nicht mit Misstrauen begegnen, sondern sie brauchen unsere Solidarität.

35 Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik müssen in der Flüchtlingspolitik stärker als bisher gemeinsam handeln. Die Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen dürfen von der Bundes- über die Landesebene nicht auf die Kommunalebene abgewälzt werden. Daher muss der Bund die Kommunen und Länder finanziell so ausstatten, dass Unterbringung von Flüchtlingen gewährleistet ist. Weiterhin müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam prüfen, welche Liegenschaften vor Ort für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sind.

40 2. Keine Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl

45 Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und fordern, dass alle Menschen, die hier Schutz suchen, ein faires und schnelles Asylverfahren erhalten. Dabei muss Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen. Jeder Mensch muss die Chance erhalten, dass seine oder ihre individuelle Situation geprüft wird und auf dieser Grundlage über den Asylantrag entschieden wird.

Beschlüsse

Weiterhin fordern wir, dass im Ausland erworbene Berufs- und Schulabschlüsse anerkannt werden und Flüchtlinge schneller als bisher eine Arbeitserlaubnis erhalten. Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, hier zu arbeiten und ihrem Beruf nachzugehen. Das ist eine Chance sowohl für die Flüchtlinge, als auch für die Gesellschaft. Jugendliche Flüchtlinge, die in Deutschland eine Ausbildung begonnen haben oder einen Schulabschluss machen, müssen die Chance erhalten, die begonnene Ausbildung zu beenden, unabhängig davon ob dem Antrag auf Asyl stattgegeben worden ist.

Darüber hinaus fordern wir die bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht. Es gibt keine Gründe, wie so wir einerseits die europäische Freizügigkeit loben, andererseits die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen auf Gemeindegebiete einschränken.

3. Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

Wir wollen keine „Festung Europa“. Im letzten Jahr starben allein im Mittelmeer mehrere Tausend Flüchtlinge bei dem Versuch, Europa zu erreichen. In den letzten Wochen sind weitere 1.500 Flüchtlinge während der Überfahrt nach Europa ertrunken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen noch mehr Maßnahmen ergreifen, damit kein Mensch sein Leben riskieren muss, um in Europa Schutz zu finden.

Bei allen Maßnahmen der EU-Grenzsicherung muss der Mensch mit seinem Anspruch auf Würde und Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Die EU muss daher mit ausgebildeten Mitarbeitern Rettungsmaßnahmen von Flüchtlingen noch aktiver unterstützen und die Aufgaben der ausgelaufenen Rettungsaktion Mare Nostrum im vollen Umfang fortsetzen. Hierzu bedarf es auch einer besseren finanziellen Ausstattung der Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten.

Wir benötigen die Schaffung mehr legaler Wege, nach Europa zu kommen. Bereits vorhandene Maßnahmen, wie die Ausstellung humanitärer Visa für Menschen aus Krisengebieten, müssen stärker genutzt werden. Neue Instrumente müssen geprüft werden, wie zum Beispiel die Nutzung des Botschaftsverfahrens, das es Flüchtlingen ermöglicht, bereits in den Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten einen Asylantrag zu stellen.

Das derzeit geltende „Dublin-System“, das besagt, dass Flüchtlinge dort Asyl beantragen müssen, wo sie erstmals europäischen Boden betreten, muss überarbeitet werden. Die derzeitige Situation führt zu einer Überlastung der Aufnahmekapazitäten der Länder an den EU-Außengrenzen. Oft mit der Konsequenz, dass Flüchtlinge dort unter teils menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht werden. Wir fordern daher einen fairen Verteilungsschlüssel, so dass die EU-Staaten je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Bevölkerungsgröße Flüchtlinge aufnehmen.

Flüchtlingspolitik muss auch immer Hand in Hand mit einer europäischen Außen- und Entwicklungspolitik einhergehen, die dazu beiträgt, dass Staaten und Gesellschaften stabilisiert werden, Armut bekämpft wird und den Menschen vor Ort Lebensperspektiven eröffnet werden.

4. Flüchtlingspolitik in Berlin

Die Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge ist in den Bezirken nach wie vor höchst unterschiedlich und schwankt (Stand Januar 2015) von knapp 2.000 in Lichtenberg bis weniger als 400 in Neukölln. Weil wir Flüchtlingen mehr bieten wollen als nur Unterkünfte, spielen schulische, kulturelle und soziale Angebote im Umfeld, aber auch die Erreichbarkeit von Behörden eine wichtige Rolle. Wir wollen deshalb, dass die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden. Wir unterstützen ausdrücklich Modellprojekte zur Unterbringung wie das geplante „Integrationshaus“ in der Konrad-Wolf-Str.

Eine Konzentration von Flüchtlingsheimen in Gewerbegebieten und in Randlagen, lehnen wir ab. Wir fordern daher, dass es in Berlin zwischen den Bezirken eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge gibt. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Bezirke diese Herausforderung meistern und die Menschen vor Ort für steigende Flüchtlingszahlen sensibilisiert werden können.

Daher ist es besonders wichtig, dass das Landesamt für Gesundheit und Soziales zeitnah und transparent mit den Bezirken, die Anwohnerinnen und Anwohner über die Unterbringung von Flüchtlingen informiert. In der Vergangenheit ist es viel zu oft dazu gekommen, dass Bezirk und Menschen vor Ort viel zu kurzfristig von neuen Flüchtlingsunterkünften erfahren. Das macht es deutlich schwieriger, um in der Bevölkerung hierfür zu werben und sie in den Prozess einzubeziehen. Daher fordern wir, dass ein Runder Tisch Flüchtlingsunterbringung eingerichtet wird, an dem neben Senat und die Bezirke auch Betreiber von Flüchtlingsunterkünften teilnehmen.

Bei Diskussions- und Informationsveranstaltungen in den Bezirken sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Soziales vor Ort sein, sodass die Bedenken und Probleme aus

Beschlüsse

den unterschiedlichsten Kiezen auch in der zentralen Landesstelle gebündelt und für zukünftige Verfahren berücksichtigt werden können.

5 Wir lehnen es ab, wenn Flüchtlingsunterkünfte nur am Rand der Stadt errichtet werden und es damit zu einer weiteren Ausgrenzung kommt. Neue Standorte für Flüchtlingsunterkünfte müssen so geplant werden, dass eine Beschulung der Kinder in den Regelschulen möglich ist, es eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr gibt und eine soziale Infrastruktur im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften vorhanden ist. Außerdem wenden wir uns gegen eine Massenunterbringung von Flüchtlingen in Traglufthallen. Die behelfsmäßige Unterbringung in Turnhallen darf nur eine Zwischenlösung sein und muss schnellstens beendet werden. Wenn wir Flüchtlinge konsequent integrieren und nicht weiter separieren wollen, dann müssen wir uns noch stärker als bisher dafür einsetzen, dass Flüchtlingen dezentral in Wohnungen untergebracht werden.

10 Weiterhin fordern wir, dass Flüchtlinge schneller als bisher Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Die bundesweit geplante und vom Land Berlin unterstützte Gesundheitskarte ist ein richtiger Schritt dazu. Sie ist unbürokratisch und soll das Schlange-Stehen für die Behandlungsscheine ersetzen. 15 Wir fordern zudem die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass eine schnelle Erstuntersuchung möglich ist, Angebote für Impfungen zu unterbreitet werden und ausreichend psychologische Betreuung angeboten werden kann.

Eine Meldung bei den Behörden über den Aufenthaltsstatus der Patienten hat nur anonymisiert zu erfolgen, z.B. durch einen anonymen Krankenschein.

20 Weiterhin muss Flüchtlingen die Mobilität in der Stadt gewährleistet werden, indem sie die Angebote der BVG kostenlos nutzen können. Das ist einerseits wichtig, um Behördengänge oder Arztbesuche abzusichern, andererseits aber auch, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Das bisherige Verfahren der Ausgabe von Fahrscheinen durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales ist entsprechend umzustellen.

25 Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass Deutschkurse vor Ort in den Unterkünften stattfinden und beispielsweise in Zusammenarbeit mit der IHK Praktika und Ausbildungsplätze für Flüchtlinge zu Verfügung gestellt werden.

5. Flüchtlinge sind in Lichtenberg bzw. in Berlin bzw. in Deutschland willkommen

30 In Lichtenberg sind Flüchtlinge willkommen und bleiben es auch. Wir werden unseren Beitrag leisten und Flüchtlinge im Bezirk unterbringen und hierfür geeigneten Wohnraum zur Verfügung stellen, sowie die Willkommenskultur weiter ausbauen. Anwohnerinnen und Anwohner wollen wir frühzeitig mit einbeziehen, wenn neue Flüchtlingsunterkünfte gebraucht werden und mit ihnen in einen Dialog treten, um ihre Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen abzubauen. Wir wenden uns ganz entschieden, gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Stimmungsmache. Wir stehen für ein weltoffenes und tolerantes 35 Lichtenberg.

Viele Menschen wollen Flüchtlinge aktiv unterstützen, ehrenamtliche Arbeit leisten oder Sachspenden abgeben. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Willkommenskultur im Bezirk. Wir möchten daher die Betreiber von Flüchtlingsunterkünften und Freiwillige stärken und die soziale Infrastruktur in der unmittelbaren Umgebung von Flüchtlingsunterkünften, wie beispielsweise Stadtteilzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen, ausbauen, sowie Patenschaftsprojekte ins Leben rufen. Weiterhin setzen wir uns für eine Beschulung der Flüchtlingskinder in den Lichtenberger Regelschulen ein und wollen, dass kulturelle und Sportangebote im Bezirk, Flüchtlingen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Auch weiterführende Sprachkurse müssen durch die Volkshochschule angeboten werden. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen soll eine zentrale Koordinierungsstelle im Bezirksamt geschaffen werden und wir 45 fordern eine Anhebung der Ausstattung der Stadtteilzentren durch das Land Berlin in unmittelbarer Umgebung der Flüchtlingsunterkünfte.

Beschlüsse

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 04-15

Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/ Friedrichsfelde Süd

5 KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVBeschluss: **Annahme**

Unsere Willkommenskultur wörtlich nehmen

10 Der Kreis Berlin Lichtenberg heißt jedes in Lichtenberg geborenes Flüchtlingskind willkommen.

Wir möchten unseren Beitrag dazu leisten und mitwirken, dass Neugeborene, die in Lichtenberg von Eltern aus einem Lichtenberger Durchgangs- oder Flüchtlingsheim geboren werden, ein Willkommensgeschenk erhalten.

Dazu sammeln wir Geldspenden, aus denen jeweils ein „Starterpaket“ erworben wird.

15 Wir halten engen Kontakt zu den Lichtenberger Flüchtlingseinrichtungen, von denen wir die Nachricht über bevorstehende Geburten erhalten.

Ebenso werden Einzelhändler gesucht, die durch preisliche Unterstützung oder Sponsoring unterstützen können.

20 Bei Erfolg kann diese Aktion in einen Förderverein überführt werden. Der Kreisvorstand beschließt die weitere Vorgehensweise.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 13-15

Antragsteller: Abteilung 1 Neu Hohenschönhausen

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

25 Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVBeschluss : **Annahme (Konsensliste)**

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Flüchtlingspolitik: bessere Kommunikation zwischen Senat und Bezirken!

30 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die Kommunikation zwischen Senat, Bezirken sowie Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort in Fragen der Flüchtlingspolitik dauerhaft verbessert wird. Dazu sollen folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

- 35 • Die zuständige Senatsverwaltung informiert fortlaufend und transparent über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen und die Schwerpunkte der Flüchtlingspolitik in Berlin. Dazu gehören leicht zugängliche Informationen im Internet und die Präsenz von Verantwortlichen des Senats und des Landesamtes für Gesundheit und Soziales vor Ort.
- Die in den kommenden Monaten auf die Bezirke zukommenden Herausforderungen in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen und die Zurverfügungstellung von Liegenschaften werden den Bezirksämtern möglichst frühzeitig und fortlaufend mitgeteilt.
- 40 • Die zuständige Senatsverwaltung schafft eine zentrale Anlaufstelle, an die sich die Bürgerinnen und Bürger mit Fragen zur Flüchtlingspolitik und zur Unterbringung von Flüchtlingen in den Bezirken wenden können.
- Auch den Bezirken wird ermöglicht, solche Anlaufstellen zu schaffen, die zusätzlich spendenbezogene Fragen beantworten können. Die Bezirke erhalten die für diesen Zweck

Beschlüsse

notwendigen personellen und finanziellen Mittel.

- Die genannten Anlaufstellen sind so zu konzipieren, dass sich auch Flüchtlinge mit entsprechenden Fragen an sie wenden können.

weitere Anträge

5	Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
	Antrag <u>Nr. A 01-15</u>	
	Antragsteller: Kreisvorstand	
	KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015	
	Beschluss KDV <u>Ja</u> <u>Stimmen</u> <u>Nein</u> <u>Stimmen</u> <u>Enthaltungen</u> <u>Stimmen</u>	
10	Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
	Empfehlung der Antragskommission: Annahme (Konsensliste)	

Richtlinien zum Umgang untereinander und in der Kommunikation nach außen

- 15 In der Kommunikation untereinander, sei es in direkter Form z.B. in Sitzungen und Versammlungen, sei es in indirekter Form z.B. in sozialen Netzwerken, führen wir alle Diskussionen offen, fair und respektvoll. Diskriminierende, beleidigende, rassistische, sexistische, menschenverachtende und gewaltverherrlichende Äußerungen sind für uns tabu. Wir lassen eine andere Rednerin/ einen anderen Redner ausreden. Die Versammlungsleitung weist aber auf eine Überschreitung der beschlossenen Redezeit – ggf. mit einem vereinbarten Zeichen – hin.
- 20 In Kommentaren und Äußerungen im Internet und sozialen Netzwerken respektieren wir die Persönlichkeitsrechte aller Genossinnen und Genossen sowie auch Nutzerinnen und Nutzer.
- Bei berechtigter Kritik und Benennung eines (vermuteten) Fehlverhaltens sprechen wir entweder die/denjenigen im persönlichen Gespräch bzw. in einer persönlichen E-Mail/ Brief o.ä. möglichst umgehend direkt an oder weisen die verantwortliche Vorsitzende/ den verantwortlichen Vorsitzenden bzw. Vorstand unverzüglich auf den Missstand hin.
- 25 In allen Äußerungen/ Kommentaren/ Beiträgen, die im Namen der SPD und ihrer Gliederungen öffentlichkeitswirksam gemacht werden, achten wir darauf, dass diese unsere Partei repräsentieren und in direktem Zusammenhang mit unserer inhaltlichen Arbeit stehen. Diskussionen um die Sache sollen in internen Foren, auf Versammlungen und Sitzungen ausgetragen werden.

Sanktionen:

- 30 Bei Verstößen gegen diese Richtlinie in Sitzungen und Versammlungen ruft die Versammlungsleitung die/denjenigen, die/der gegen diese Richtlinie verstößt zur Ordnung. Im Wiederholungsfall im Laufe einer Sitzung wird das Wort entzogen und bei schweren Verstößen die/derjenige von der weiteren Sitzung ausgeschlossen, der Versammlungsraum ist dann unverzüglich zu verlassen.
- 35 Redaktionen von Publikationen des Kreises Lichtenberg entfernen Formulierungen, die gegen diese Richtlinie verstoßen aus den eingereichten Manuskripten. Die Autorin/ der Autor wird entsprechend informiert und um Neuformulierung im Sinne dieser Richtlinie gebeten.
- 40 Kommentare auf Homepages und in sozialen Netzwerken, die gegen diese Richtlinie verstoßen, werden gelöscht. Verantwortlich hierfür sind die gewählten Vorstände, die für die Inhalte der Seite presserechtlich verantwortlich sind. Die Autorin/ der Autor des gelöschten Kommentars wird entsprechend informiert und aufgefordert künftig diese Richtlinie einzuhalten. Im Wiederholungsfall verliert die/derjenige das Recht, Kommentare auf Internetseiten der SPD Lichtenberg und ihrer Gliederungen zu schreiben bzw. im Namen der SPD Lichtenberg und ihrer Gliederungen zu posten.
- 45 Im besonders schweren Fällen wird die Schiedskommission im Rahmen der Schiedsordnung tätig.

Beschlüsse

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg **Kreis 11**

Antrag Nr. A 03-15 i.V. mit ÄA 04-15, ÄA 05-15 und mündlichen ÄA Gregor Költzsch, Kevin Hö-
nicke

Antragsteller: Jusos Lichtenberg; Abteilung 1 Neu-Hohenschönhausen

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in dieser Fassung

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

#DigitalLeben auch an und in Berliner Schulen

- 10 Im Zuge des Programms #DigitalLeben des Parteivorstandes der SPD werden die Berliner SPD, die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das digitale Leben an den Berliner Schulen und die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der digitalen Medien ausgebaut werden. Dazu gehören vor allem die folgende Bereiche und die Umsetzung der folgenden Forderungen:
- 15 • Es muss gesichert sein, dass Lehrmittelfirmen über die von ihnen vertriebenen Programme keinen Zugang zu Daten über Schülerinnen und Schüler erhalten können, auch nicht zu statistischen Zwecken.
- Auch die Schule darf keine elektronisch gesammelten Daten über Schülerinnen und Schüler speichern und damit beispielsweise Lernprofile der Schülerinnen und Schüler sammeln.
- 20 • Alle Berliner Schulen sind gänzlich mit interaktiven Whiteboards auszustatten, welche auch einen inklusiven Unterricht ermöglichen. Die Fortbildung an elektronischen Medien ist geräte- und firmenunabhängig durchzuführen. Dabei soll die Ausstattung auch innerhalb der Schulen weiträumig umgesetzt werden und sich nicht nur auf einige wenige Fachunterrichtsräume beschränken. Überall dort, wo der Einsatz von Whiteboards die Vermittlung von Lerninhalten unterstützen kann, sollen diese
- 25 auch eingesetzt werden.
- Alle Berliner Oberschulen sollen ein kostenfreies WLAN für Ihre Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer anbieten. Dadurch sollen Lernangebote vergrößert und die Unterrichtsarbeit vielfältiger werden. Die Finanzierung erfolgt über ein Berliner Landesprogramm.
- 30 • Das Fach ITG soll an die aktuellen Bedarfe der Schülerinnen und Schüler angepasst werden und diese insbesondere im alltäglichen Umgang mit den Informationen zu schulen, die sie dort konsumieren und mit welchen sie agieren, z.B. Datensicherheit, Cybermobbing etc..“
- Dazu gehört neben Medienkompetenz auch der Umgang mit den eigenen Daten. Die Erweiterung des Lehrplans ist mit einer entsprechenden Erweiterung des Unterrichtsstundenumfanges zu begleiten, um der gestiegenen Bedeutung des Faches gerecht zu werden. Der Rahmenlehrplan ist in diesem Bereich umgehend anzupassen und jährlich auf Aktualität zu überprüfen.
- 35 • Die Nutzung von Laptops an Berliner Schulen wird ausgebaut, sodass die Schülerinnen und Schüler frühzeitig im Umgang mit einem alltäglichen Instrument geschult und auf die Zukunft besser vorbereitet werden. Dabei darf es nicht zu Unterteilung in Laptopklassen und Nicht-Laptopklassen kommen, sondern ein Angebot für alle Schülerinnen und Schüler erstellt werden. Dabei sollte in Kooperation mit Firmen ein Angebot erstellt werden, sodass keine Person ausgeschlossen wird. Vorangestellt werden muss die didaktische Erarbeitung eines Digital-Konzeptes, sodass diese Klassen einen sinnstiftenden Einsatz der Geräte erleben. Dabei darf der Einsatz dieser Geräte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen und kein Lernender sowie keine Lernende aufgrund von finanziellen Hemmnissen von dem Angebot ausgeschlossen werden.
- 40
- 45 Die Schulung der handschriftlichen Schreib- und Lesekompetenz bleibt dabei weiterhin zentrale Aufgabe der Schule über die ganze Schulzeit.

Beschlüsse

- Es soll ein landesweites Programm auferlegt werden, welches die konsequente Nutzung von E-Learning-Angeboten an den Berliner Schulen fördert, ausbaut und die Schulen mit Fortbildungsangeboten und dem nötigen Support unterstützt.
- 5 • Jede Schule benötigt einen/eine IT-Beauftragten/IT-Beauftragte der/die keine unterrichtende Lehrkraft sein soll, sondern eine extra angestellte Fachkraft. Diese soll sich nicht nur in den Pausen und in ihrer Freizeit um das Netzwerk oder die IT-Geräte der Schule kümmern, sondern dieser Tätigkeit hauptberuflich nachgehen. Diese Person soll dabei nicht die verpflichtende Stelle für Datenschutz innehaben.
- 10 • Es soll noch stärker darauf geachtet werden, dass die Lehrkräfte sowie die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter im Bereich der Medienkompetenz geschult und während des Studiums und der schulpraktischen Ausbildung in diesem Bereich fortgebildet werden.
- 15 • Die Senatsverwaltung für Bildung möge sich dafür einsetzen, dass an Berliner Schulen der barrierefreie Zugang zu freien und offenen digitalen Bildungsmedien sowie Lernmitteln deutlich verbessert wird. Damit wird ein weiterer Schritt in eine Schule mit Bildungs- und Chancengleichheit sowie einer Schule mit gelebter Inklusion vollzogen.
- 20 • Der Berliner Senat und das Berliner Abgeordnetenhaus sollen auf die Kultusministerkonferenz einwirken, sodass ein Bildungsziel für alle Unterrichtsfächer aufgenommen wird, welches den Bereich der Befähigung zum selbstbestimmten, verantwortungsvollen, kritischen und kreativen Umgang mit digitalen Medien und Dienstleistungen umfasst.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 05-15

Antragsteller: AfA Lichtenberg; Abteilung 3 Fennpfuhl

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVBeschluss: **Annahme in dieser Fassung (Konsensliste)**

Auskömmliche Personalausstattung im Öffentlichen Dienst

- 30 Der Senat von Berlin bzw. das Bezirksamt Lichtenberg ist für die öffentliche Daseinsvorsorge verantwortlich. Daher müssen dem Bezirk – wenn erforderlich, auch über den Globalhaushalt hinaus – die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Einwohnerschaft Berlins wächst jährlich um mehr als 1%. Das bedeutet, dass die öffentlichen Aufgaben in ähnlichem Maße wachsen.

- 35 Hinzu kommen die Aufgaben aus den steigenden Flüchtlingszahlen.

Wir fordern daher:

- kein weiterer Stellenabbau
- Stellen entfristen im Hinblick auf Stellen, die ab Januar 2016 zur Verfügung stehen. Es ist unsinnig, Beschäftigte, die in ihre Arbeit eingewiesen sind, zu entlassen und kurz darauf andere einzustellen, die dann erneut eingearbeitet werden müssen.
- 40 • Personalausstattung von 105%, damit der Krankenstand nicht zu Mehrarbeit führt.
- Jährliche Ausweitung des Stellenplans um mindestens 1%, um dem Bevölkerungswachstum Rechnung zu tragen.

- 45 keine Ausschreibung der Jugendgerichtshilfe an freie Träger, da es sich um hoheitliche Aufgaben handelt.

Beschlüsse

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 06-15 (*Antrag A 07-15 damit erledigt*)

Antragsteller: AfA Lichtenberg, Abteilung 1 Neu-Hohenschönhausen, Abteilung 3 Fennpfuhl

5 KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Beschluss: Annahme in dieser Fassung

10 Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit einschränken

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, in Umsetzung des Koalitionsvertrages geeignete Maßnahmen und gesetzliche Regelungen zu treffen, die den Umgang mit Werkverträgen und LeiharbeiterInnen neu regeln.

- 15 Mit der Neuregelung soll erreicht werden, dass die missbräuchliche Nutzung von Scheinwerkverträgen und Scheindienstverträgen zur illegalen Arbeitnehmerüberlassung und zur Scheinselbständigkeit durch gesetzliche Regelungen besser verhindert werden können. Der Missbrauch legaler Leiharbeit zur bloßen Lohnsenkung soll verhindert werden. Werkverträge und Leiharbeit sollen nur noch in einem engen, sachorientierten Rahmen angewandt werden.
- 20 Hierzu sollen sich die Abgeordneten des Bundestages an einer Studie des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Titel „Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern“ orientieren. In Anlehnung an die Studie fordern wir:
- LeiharbeiterInnen nur noch auf Arbeitsstellen eingesetzt werden, an denen von vornherein nur ein vorübergehender Bedarf beim Entleiher besteht,
 - 25 • die Beweislast, dass eine Arbeitsstelle vorübergehenden Charakter hat, ab 6 Monaten Dauer der Überlassung auf den Entleiher übergeht,
 - ab 12 Monaten geplanter Dauer vom Entleiher nachgewiesen werden muss, dass die Arbeitsstelle nicht mit einer regulär befristeten Beschäftigung zu besetzen war,
 - 30 • LeiharbeiterInnen grundsätzlich nach dem (Haus-)Tarifvertrag eines vergleichbaren, unbefristet beim Entleiher neu eingestellten Arbeitnehmers bezahlt werden, sofern ihre Anstellung bei dem Leiharbeitgeber befristet ausschließlich für die konkrete Entleiher erfolgte,
 - LeiharbeiterInnen grundsätzlich ab 9 Monaten Überlassungszeit das gleiche Stundenentgelt erhalten, das dem vergleichbarer ArbeitnehmerInnen des Entleihers entspricht,
 - 35 • der Nachweis, ob jemand im Rahmen eines Dienst-, Werk- oder Leiharbeitsverhältnisses tätig ist, ausschließlich anhand der real im Betrieb gelebten Abläufe erfolgt,
 - der Entleiher selbstschuldnerisch für die Arbeitsentgelte der bei ihm beschäftigten LeiharbeiterInnen haftet,
 - bei Verstoß gegen die Vorschriften werden LeiharbeiterInnen rückwirkend in eine reguläre Stelle beim Entleiher überführt, die auf die ursprünglich tatsächlich vorgesehene Entleihdauer befristet ist,
 - 40 • Vergütungen im Rahmen von Werk- und Dienstverträgen die branchenüblichen Löhne und gesetzliche Mindestlöhne von vergleichbaren Arbeitnehmern nicht unterschreiten dürfen,
 - Arbeitgeber gegenüber den Betriebs- und Personalräten bzgl. solchen Personen jederzeit auskunftspflichtig sind, die gegenwärtig und zukünftig in die Betriebsorganisation eingebunden sind, aber in keinem direkten Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber stehen.
 - 45 • Betriebs- und Personalräte sind für Leiharbeiter zuständig.

Die beiden wichtigsten Instrumente sind hier die Beweislastumkehr und der verpflichtend vorübergehende Charakter der Arbeitsstelle. Zukünftig sollen sich im Rahmen eines Werkvertrages beschäftigte

Beschlüsse

Personen in ein reguläres Arbeitsverhältnis einklagen können, wenn der Leistungsempfänger den Werkvertragscharakter anhand der realen Arbeitsabläufe im Unternehmen nicht nachweisen kann. Leiharbeitsverhältnisse dürfen nur geschlossen werden, wenn von vornherein beweisbar dargelegt werden kann, dass die Stellen nur vorübergehend notwendig sind. Damit soll Leiharbeit zukünftig nur noch den Zweck erfüllen, für die sie ursprünglich gedacht war: als sozial abgesichertes Flexibilisierungsinstrument.

5

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>Nr. A 08-15</u>	
Antragsteller: Abteilung 4 Alt-Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 13. September 2014	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen Enthaltungen Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input checked="" type="checkbox"/> Senat <input checked="" type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Beschluss: Annahme (Konsensliste)	

10

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

15 Honorarregelungen im Land Berlin an den Mindestlohn anpassen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, die Bandbreiten in den Honorarordnungen der Berliner Verwaltung für freie Mitarbeiter/innen dem Wesen nach mit dem Landesmindestlohngesetz in Einklang zu bringen. Dabei sollen die Bandbreiten für die Vergütung der Honorarkräfte zukünftig bei mindestens 12,75 Euro pro Zeitstunde beginnen und an die Entwicklung des Landesmindestlohnes gekoppelt werden.

20

Vom Landesmindestlohn von 8,50 € aus gesehen entspricht dies eine Erhöhung um 50%. Diese begründet sich wie folgt:

- 21% sind die Differenz für die Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung;
- 20% sind die Differenz für 52 Arbeitswochen eines Selbständigen statt 42 Arbeitswochen eines Arbeitnehmers (Urlaub, Feiertage, etc.) und
- 9% pauschal zum Ausgleich von höheren Kosten (z.B. Vorbereitungszeiten, Weiterbildungen, Kosten für Verbrauchsmaterialien, Ausstattung von Arbeitsräumen, Verwaltungsaufgaben, Steuerberater, Verdienstauffälle, Auftragsakquise...).

25

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>Nr. A 09-15</u>	
Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen Enthaltungen Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input checked="" type="checkbox"/> Senat <input checked="" type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Beschluss: Annahme in dieser Fassung (Konsensliste)	

30

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Mehr Wertschätzung für die Lehrkräfte

Folgende Forderungen sollen durch die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats umgesetzt werden:

40

Im Berliner Schuldienst soll grundsätzlich dafür gesorgt werden, dass zusätzlich übernommene Verantwortung durch kommissarische Lehrkräfte auch entsprechende Wertschätzung erfährt. Funktionsstellen wie Fachleitung, Fachbereichsleitung und Ähnliches sollen demnach einheitlich an allen Schulen zeitlich entlastet und mit einer einheitlichen, vom ersten Tag geltenden, Vergütung versehen werden.

Beschlüsse

Zudem sollen kommissarische Stellen zukünftig zeitlich (maximal ein Schuljahr) begrenzt werden. Dabei soll diese Begrenzung die Stelle und nicht die Person betreffen. Somit soll ein ständiger Wechsel von Personen in kommissarischen Funktionen verhindert werden.

- 5 Bei der Übernahme von Funktionsstellen soll die persönliche Eignung zukünftig stärker berücksichtigt werden und transparente Vergabeverfahren eingesetzt werden. Das Angebot an Qualifikationsmöglichkeiten für Funktionsstellen soll in Berlin ausgeweitet werden.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11	
Antrag	<u>Nr. A 10-15</u>		
Antragsteller:	Jusos Lichtenberg		
10 KDV Lichtenberg am	9. Mai 2015		
Beschluss KDV	<u>Ja</u>	Stimmen	Nein
		Stimmen	Enthaltungen
		Stimmen	
Weiterleitung an	<input checked="" type="checkbox"/> BVV	<input checked="" type="checkbox"/> BA	<input type="checkbox"/> LPT
	<input type="checkbox"/> LV	<input checked="" type="checkbox"/> Senat	<input checked="" type="checkbox"/> AGH
	<input type="checkbox"/> BPT	<input type="checkbox"/> BT	<input type="checkbox"/> PV
Beschluss: Annahme in dieser Fassung (Konsensliste)			

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 15 **Mehrbedarfe bei der Implementierung der Jugendberufsagenturen (JBA)in den Bezirken finanziell untersetzen**

Die sozialdemokratischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Land und Bezirk werden aufgefordert, sich bei der Haushaltsplanaufstellung 2016/2017 dafür einzusetzen, dass die Implementierung der Jugendberufsagentur im Bezirk sowie die Förderung von Programme für arbeitssuchenden Jugendliche (Jugend(berufs)hilfeleistungen) ausreichend finanziert werden.

20 Die Zielgruppe für die Maßnahmen sollen in der ersten Linie auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbare Jugendliche sein. Dabei sind die Maßnahmen individuell auf die Jugendlichen anzupassen und stetig auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren sind.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11	
Antrag	<u>Nr. A 12-15</u>		
Antragsteller:	Kreisvorstand Lichtenberg		
KDV Lichtenberg am	9. Mai 2015		
Beschluss KDV	<u>Ja</u>	Stimmen	Nein
		Stimmen	Enthaltungen
		Stimmen	
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV	<input type="checkbox"/> BA	<input type="checkbox"/> LPT
	<input type="checkbox"/> LV	<input type="checkbox"/> Senat	<input type="checkbox"/> AGH
	<input type="checkbox"/> BPT	<input type="checkbox"/> BT	<input type="checkbox"/> PV
30 Beschluss: Annahme			

Demonstrationen von rechtsextremen Parteien nicht stillschweigend hinnehmen - Gliederungen der SPD Lichtenberg über rechtsextreme Demos und Aktionen informieren und Gegenwehr organisieren

35 Die SPD Lichtenberg stellt sich geschlossen gegen Aufmärsche und Demonstrationen von rechten sowie fremdenfeindlichen Parteien und Strukturen sowie gegen jegliche Bewegung, welche sich gegen Flüchtlingsunterbringung und Integration von Flüchtlingen stellt. Dazu ist es aber notwendig, dass alle Abteilungen und Gliederungen sich bei diesen Gegenaktionen beteiligen und nicht nur diejenigen, der jeweils betroffenen Abteilung. Amts- und Mandatsträgerinnen und –träger der SPD Lichtenberg kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu, da vor allem sie das öffentliche Bild der Partei prägen.

40 Hierzu soll eine temporäre Ad-hoc-Arbeitsgruppe gebildet werden, die Handlungs- und Verfahrensvorschläge für den Kreisvorstand der SPD Lichtenberg erarbeitet. Die Arbeitsgruppe ist für alle Mitglieder offen.

45 Hierzu werden die Abteilungen- und Arbeitsgemeinschaften gebeten, Ideen und Wünsche zu formulieren (in Bezug auf Information, Organisation von Gegendemos und anderes) und bei Möglichkeit Mitglieder zu in die Arbeitsgruppe zu entsenden. Hierbei sind die Bündnispartnerinnen und – partner im Kiez zu berücksichtigen, damit eine verstärkte Vernetzungsarbeit über die Partei hinaus möglich wird.

Beschlüsse

Weiterhin ist in dieser Arbeitsgruppe zu klären,

- ♣ welche Formate und Aktionen den Rechtsextremisten entgegengesetzt werden,
- ♣ wie unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange die Mitgliedschaft informiert werden kann,
- 5 ♣ wie unsere Mitgliedschaft möglichst breit aktiviert und beteiligt werden kann und
- ♣ wie die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren dauerhaft sichergestellt werden kann,

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag Nr. A 14-15

Antragsteller: Abteilung 1 Neu-Hohenschönhausen

10 KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Beschluss: Annahme (Konsensliste)

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

15 Regelmäßige Berichterstattung über die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Berlin

Der Senat der Stadt Berlin wird aufgefordert regelmäßig – alle zwei Jahre – einen Bericht über die Situation von Menschen mit Behinderungen in Berlin vorzulegen. In Struktur und Gliederung lehnt sich dieser an den bundesweiten Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung an.

20 Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag Nr. A 15-15

Antragsteller: Abteilung 1 Neu-Hohenschönhausen

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

25 Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Beschluss: Annahme (Konsensliste)

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

bundeseinheitlicher Pflegeschlüssel jetzt!

Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion sind aufgefordert, auf die Einführung eines bundeseinheitlichen Pflegeschlüssels für stationäre Pflegeeinrichtungen hinzuwirken.

- 30 Grundlage für den bundeseinheitlichen Pflegeschlüssel soll der aktuell höchste Pflegeschlüssel aller Bundesländer sein, um sicherzustellen, dass in keinem Bundesland eine Verschlechterung der Situation für Pflegende und Pflegebedürftige entsteht.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag Nr. A 16-15

Antragsteller: Abteilung 3 Fennpfuhl

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

35 Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Beschluss: Annahme in dieser Fassung (Konsensliste)

Beschlüsse

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher aufwerten

Der Landesparteitag begrüßt die Initiative der Genossin Schwesig, die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher an die Gehälter der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer anzunähern.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, als Einstieg in eine solche Regelung, für die Forderungen der Gewerkschaften Ver.di und GEW einzutreten.

5	Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
	Antrag <u>Nr. A 17-15</u>	
	Antragsteller: AK Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
	KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015	
	Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
10	Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
	Beschluss: Annahme (Konsensliste)	

Einführung von Parkraumbewirtschaftung kritisch prüfen

Die SPD Lichtenberg unterstützt und begleitet die Diskussion in Lichtenberg über die Einführung von Parkraumbewirtschaftung in Teilen des Bezirks Die Einführung von Parkraumbewirtschaftung schließen wir nicht grundsätzlich aus; sie muss allerdings das Resultat eines sorgfältigen Diskussions- und Abwägungsprozesses mit den Bürgerinnen und Bürgern sein. Für diesen Prozess gilt:

1. Im Vordergrund der Diskussion stehen die Bedürfnisse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen vor einer Entscheidung des Bezirks über die verschiedenen Formen von Parkraumbewirtschaftung informiert werden und Gelegenheit haben, ihre Meinung zu äußern.
2. Neben den Bürgerinnen und Bürgern sollen auch die in den betroffenen Gebieten ansässigen Unternehmen, Vereine, Institutionen sowie Wohnungsunternehmen und -genossenschaften befragt werden.
3. Erst nach diesem Beteiligungsprozess und nur bei positivem Ausgang soll die eigentliche Prüfung der Einführung von Parkraumbewirtschaftung gestartet werden. Dabei ist der „Leitfaden Parkraumbewirtschaftung“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aus dem Jahr 2004 Grundlage für nötigen Untersuchungen.

Von der Einführung von Parkraumbewirtschaftung soll abgesehen werden, wenn diese voraussichtlich keine positiven Auswirkungen für die Anwohnerinnen und Anwohner oder negative finanzielle Folgen für den Bezirk hat.

30	Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
	Antrag <u>Nr. A 18-15</u>	
	Antragsteller: AK Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
	KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015	
	Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
35	Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input checked="" type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input checked="" type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
	Beschluss: Annahme (Konsensliste)	

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Reform des deutschen Trassenpreissystem von DB Netz

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Verkehrsminister werden aufgefordert, sich im Bundestag und Bundesrat dafür einzusetzen, dass die in Deutschland überhöhten Wegekosten für die Nutzung der Schieneninfrastruktur gesenkt werden.

Beschlüsse

Die Wegekosten sollen sich künftig am Grenzkostenprinzip orientieren, d.h. nur die Kosten zugrunde liegen, die unmittelbar durch eine Zugfahrt entstehen. Dies entspricht auch einer Empfehlung der EU-Kommission hinsichtlich der deutschen Trassenpreise und der Praxis vieler benachbarter Staaten.

- 5 Zur Belegung des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs sind außerdem die hohen Kosten des Grenzübertritts für die Eisenbahnverkehrsunternehmen und die Auftragsträger der Bundesländer (Zulassungsverfahren, Einbau unterschiedlicher Zugsicherungssysteme) zu senken. Die Mehrkosten sollen (nach dem Vorbild der Schweiz) aus der Erweiterung der LkW-Maut sowie beim Grenzübertritt aus Programmen der Europäischen Union finanziert werden.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

10 Antrag Nr. A 19-15

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV15 **Beschluss: Annahme (Konsensliste)**Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:Der Bundesparteitag möge beschließen:

Bundesweite Statistik zur Wohnungslosigkeit etablieren!

Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, die Einführung einer bundesweit einheitlichen und aussagekräftigen Berichterstattung zu Obdach- und Wohnungslosigkeit zu initiieren bzw. einzuführen.

- 20 Eine bundesweite Berichterstattung zur Wohnungslosigkeit soll jährlich die aktuellen Daten zur Wohnungslosigkeit in Deutschland dokumentieren, d.h. zuallererst aufzeigen, wie viele Menschen aktuell wohnungslos sind. Dabei sollen nicht nur kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachte Menschen erfasst werden, sondern auch Personen, die bei freien Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind oder sich an entsprechende Beratungsstellen gewandt haben und dort als wohnungslos registriert sind.

25 Gleichzeitig soll die jährliche Berichterstattung auch gender- und altersspezifische Auskünfte zu den Lebenslagen wohnungs- und obdachloser Menschen erteilen.

Vertagte Anträge

30 **Initiativantrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg**

Kreis 11

Antrag Nr. Ini-A 01-15

Antragsteller: Kevin Hönicke

KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen35 Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Beschluss: vertagt auf nächste KDV**Die KDV Lichtenberg möge beschließen:Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:Der Bundesparteitag / Der Parteikonvent möge beschließen:40 **Entscheidung über Drohneneinsatz nicht ohne Parteibeschluss**

Beschlüsse

Beim Treffen der französischen und deutschen Regierung Ende März 2014 wurde beschlossen, dass die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Frankreich ein Projekt startet, in welchen Kampfdrohnen erforscht und entwickelt werden sollen.

- 5 Die Entscheidung, ob eine Regierung mit sozialdemokratischen Mitgliedern sich für die Entwicklung einer Kampfdrohne ausspricht und diese finanziell fördert, darf nicht ohne grundsätzliche Zustimmung und Debatte des Bundestages geschehen.

Zudem muss auch die SPD über eine solche Entscheidung innerhalb der parteiinternen Gremien diskutieren und beschließen. Für solche weitreichende Entscheidungen muss es einen Beschluss auf einem Bundesparteitag oder Parteikonvent geben.

- 10 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden daher aufgefordert, eine Abstimmung über diese Entscheidung der Entwicklung einer Aufklärungsdrohne, welche mit Waffen ausgestattet werden kann, im Bundestag herbeizuführen und diese Abstimmung erst nach einem Parteibeschlusses (Parteikonvent oder Bundesparteitag) zu vollführen.

- 15 Da die SPD sich grundsätzlich als eine Partei des Friedens bekennt, sollten Entwicklungen von weiteren Kriegswaffen unter sozialdemokratischen Regierungen nicht gefördert werden. Die SPD war und ist eine Partei der Diplomatie und nicht des Krieges.

- 20 **Änderungsantrag Erik: Die SPD lehnt den Handel, die Entwicklung und den Einsatz bewaffneter Kampfdrohnen entschieden ab. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und des Bundesrats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, diese Forderungen im Kriegswaffenkontrollgesetz zu verankern und international ein Verbot bewaffneter Kampfdrohnen herbeizuführen.**

Änderungsantrag Kai-Uwe: Streichung letzter Absatz Ursprungsantrag

Initiativantrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. Ini-A 02-15

Antragsteller: Fritz Wolff und weitere (Mitglieder des AK Bildung)

- 25 KDV Lichtenberg am 9. Mai 2015

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Beschluss: Nichtbehandlung und Aufruf auf nächster KDV

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

- 30 **Schulentwicklungsplan in Lichtenberg**

Die Mitglieder der jeweiligen SPD-Fraktion in der BVV werden aufgefordert, in der laufenden und nächsten Legislaturperiode die Umsetzung des Schulentwicklungsplans für den Bezirk Lichtenberg für die Jahre 2014/15 bis 2017/18 aktiv zu begleiten und bei zukünftigen Haushaltsplanungen aktiv den Schwerpunkt Schule wieder zu setzen.